

Der direkte Draht

Plauen – Berlin

8. August 2011

FDP



im Deutschen Bundestag

Themen in dieser Ausgabe:

Sollen Fußballvereine für Polizeieinsätze zahlen?

Stützengrüner bauen Lastenmotorräder für Afrika

Deutschlandtour der Bundestagsfraktion in Plauen

Versorgungsstrukturgesetz soll dem Ärztemangel auf dem Land entgegen wirken

Terminkalender

Sollen Fußballclubs für Polizeieinsätze in ihren Stadien zahlen?

Kuriose Ideen unserer Haushaltspolitiker im Sommer

An langen warmen Sommertagen scheint man auf die kuriosesten Gedanken zu kommen. Einen habe ich jetzt von unserem Haushaltsexperten Jürgen Koppelein gelesen.

So regte er an darüber nachzudenken, ob Polizeieinsätze am Rande von Fußballspielen künftig mit von den Vereinen bezahlt werden sollen.

Sicher eine aktuelle Frage, weil es auch in Deutschland reiche Bundesliga-Clubs gibt und oft mehrere Hundertschaften von Polizei angeboten werden, um Ausschreitungen rivalisierender Fußballfans zu verhindern.

Wenn man aber weiter darüber nachdenkt, kommt man sehr schnell zu einigen grundlegenden Fragen:

Was geschieht zum Beispiel bei Polizeieinsätzen in den unteren Ligen, wo keinerlei finanzieller Spielraum bei den Clubs vorhanden ist? In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass oftmals gerade am Rande solcher Spiele randaliert wird.

Eine zweite Frage wäre, aus welchen Problemen die Gewalt erwächst, die sich in den Stadien oder auch am Rande anderer Großveranstaltungen entlädt?

Wenn man Probleme, die in aller Regel gesellschaftlich begründet sind, als Anlass für die Ausschreitungen sieht, muss die Gesellschaft, sprich der Staat, auch für den Erhalt der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bezahlen.

Es ist aus meiner Sicht falsch, das den Vereinen aufzubürden.

Viel wichtiger erscheint es mir, über eine Verstärkung der Präventionsmaßnahmen nachzudenken. Ich meine, der Staat sollte sich viel mehr dort auch finanziell einbringen. Es ist vielen Clubs, die finanziell jede Saison neu ums Überleben im Fußball kämpfen, nicht möglich, die Fanarbeit allein zu bewältigen.

Man sollte sich fragen, ob der Staat hier nicht mehr ins Streetworking investieren möchte. Vielleicht kann er so am Ende ja sogar Geld spa-



ren, weil es nicht mehr in großem Ausmaß zu gewalttätigen Ausschreitungen kommt und weniger Polizeikräfte gebraucht werden. Ich hoffe darüber hinaus, dass auch bei unseren Haushaltspolitikern bekannt ist, dass die Sicherheitsdienste, die man in den Stadien einsetzt, von den Vereinen bezahlt werden.

Eine andere Frage ist die: Wenn sich kommerziell orientierte Sportclubs an Polizeieinsätzen finanziell beteiligen sollen, werden dann auch die Veranstalter anderer kommerzieller Großereignisse in gleichem Maße zur Kasse gebeten?

Ihr Joachim Günther

Stützengrüner bauen Lastenmotorräder für Afrika

Henning Schröder und Hardy Lenk von der Firma Ost2rad Stützengrün haben ein Transportmotorrad entwickelt, das besonders für den Einsatz in Afrika geeignet ist. Sie stellten es Joachim Günther im April vor. Am Rande von Gesprächen, die er als Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung seither mit Vertretern afrikanischer Länder geführt hat, erfuhr Günther, dass dort an diesen Fahrzeugen großes Interesse besteht. Kontakte wurden vermittelt.





Deutschlandtour der Bundestagsfraktion

Zum 5. Mal ist die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag auf Deutschlandtour. In diesem Sommer steht die Tour unter dem Motto „Für Sie am Ball“. Am 3. August 2011 machte der Tourbus in Plauen auf dem Postplatz Halt. An der „AnspielBar“ konnte der FDP-Bundestagsabgeordnete Joachim Günther viele Gäste begrüßen. Und der Kicker-Tisch hatte ohnehin magnetische Anziehungskraft.

Kernenergie

Es gab Beifall für den beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie, andere Besucher äußerten sich jedoch diesbezüglich kritisch. Sie glauben nicht, dass es gelingen kann, ein Industrieland wie Deutschland mit Strom zu versorgen, ohne aus dem Ausland Atomstrom zuzukaufen.

Steuererleichterungen

Einige Besucher des Standes sagten klar, dass endlich mehr für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen getan werden müsse. Sie forderten deshalb, die FDP solle die vor der Wahl versprochenen Steuererleichterungen endlich durchsetzen.

Joachim Günther versprach, dass die FDP, obwohl sie der kleinere Partner in der Regierungskoalition ist, an dem Thema dran ist. Auch wenn sie seitens der Opposition und der Medien dafür Prügel beziehen müsse. Außerdem wies er auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz hin, das die schwarz-gelbe Koalition gleich zu Beginn ihrer Regierungszeit in Kraft setzte. Dort sind auch die Erhöhung von Kinderfreibetrag und Kindergeld beinhaltet, so dass Familien profitieren.

Bereits verabschiedet wurde Anfang Juni 2011 das Steuervereinfachungsgesetz. Zum ersten Mal werden damit die Steuergesetze für die Steuerzahler vereinfacht und nicht für die Finanzverwaltung. Und das in finanzieller und bürokratischer Hinsicht, erläuterte Joachim Günther.

Verbraucherpolitik

Mit einem Sonderprogramm von 750 Millionen Euro wurden landwirtschaftliche Betriebe unterstützt. Und in der Verbraucherpolitik konnte man die kostenpflichtigen Warteschleifen bei Service-Leistungen beenden. Die Rechte von Fluggästen wurden gestärkt und Kinderspielzeug durch strengere Grenzwerte sicherer.

Ein Thema, das immer wieder angesprochen wurde, drehte sich um die Renten. Viele Rentner verstehen nicht, warum die Rentenerhöhung unter der Teuerungsrate blieb. Andere äußerten sich verärgert darüber, dass 20 Jahre nach der Deutschen Einheit immer noch mit zweierlei Maß gemessen wird.

Rentenangleichung Ost/West

Joachim Günther machte deutlich, dass er sich seit einigen Jahren schon um ein Gesetz zur Angleichung der Renten in Ost- und Westdeutschland bemüht.

2008 hatte er gemeinsam mit seiner Fraktion einen entsprechenden Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, der mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD jedoch abgelehnt wurde. Während der Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung mit CDU/CSU 2009 war die Anpassung des Rentenrechts für die FDP ein wichtiger Punkt. Die Liberalen erreichten, dass die Vereinheitlichung des Rentenrechts in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. Bei der Umsetzung dieses Vertrages wird sich die FDP gegenüber CDU/CSU dafür einsetzen, dass ein einheitliches Rentenrecht mit einheitlichem Rentenwert, einheitlichen Entgeltpunkten und einheitlicher Beitragsbemessungsgrenze bis 2013 eingeführt wird. Aus FDP-Sicht sollten sich zum Stichtag alle Renten entsprechend der Entwicklung des einheitlichen Rentenwertes anpassen. Alle zum Stichtag der Umstellung bestehenden Rentenanprüche bzw. -anwartschaften in Ost und West sollen in ihrem Wert bestehen bleiben.

Rentenerhöhung

Zu der von vielen Stand-Besuchern bemängelten Rentenerhöhung zum 1. Juli 2011 um nur 0,99 Prozent sagte Joachim Günther, dass es auch ihm lieber wäre, wenn die Renten mehr erhöht werden könnten. Er erläuterte weiter, dass er jedoch angesichts der zurückliegenden Wirtschaftskrise auch diese Minimalerhöhung für besser halte als nichts. Möglich geworden sei sie ohnehin nur durch die gute Lohnentwicklung nach Ende der Finanz- und Wirtschaftskrise. Günther: „Bei uns in Deutschland verdrängen viele Menschen, dass andere Länder die Wirtschaftskrise nicht so gut bewältigt haben wie wir, dass es deren

Deutschlandtour der Bundestagsfraktion

Bewohnern dann auch nicht so gut geht wie uns Deutschen.“ Deutschland erlebt einen stabilen wirtschaftlichen Aufschwung, an dem die Rentner teilnehmen. Die Löhne sind 2010 um 3,1 Prozent in den alten und 2,55 Prozent in den neueren Bundesländern gestiegen.

Dass die Renten nicht in gleichem Maße wie die Löhne zunehmen, liegt zum einen an den rentendämpfenden Faktoren in der Rentenformel, die für einen Demografie bedingten Ausgleich zwischen der jungen und der alten Generation sorgt. Immer weniger junge Beitragszahler müssen für immer mehr Rentenempfänger aufkommen. Mit den demografischen Dämpfungsfaktoren wird der Beitragsatz stabilisiert, so dass die jungen Erwerbstätigen auch privat für das Alter vorsorgen können. Und darauf werden sie einmal angewiesen sein.

Zum anderen werden in diesem Jahr die auf Grund der so genannten Rentengarantie nicht erfolgten Rentenminderungen der Vergangenheit nachgeholt. Auf Grund der Wirtschaftskrise hätten die Renten 2010 entsprechend der sinkenden Löhne und Gehälter ebenfalls um 2,1 Prozent im Westen und 0,54 Prozent im Osten gekürzt werden müssen. Stattdessen wurden die Renten weiterhin in gleicher Höhe wie im Vorjahr ausgezahlt, so dass die Rentner keine spürbaren Nachteile aus der Wirtschaftskrise hatten.

Die in diesem Jahr erfolgte konsequente Anwendung der Rentenformel sorgt für Verlässlichkeit in der Rentenpolitik. Sie ist ein bedeutender Beitrag zu einer generationsgerechten Rentenpolitik, für die die FDP-Bundestagsfraktion eintritt.

Eurostabilisierung

Einige Standbesucher machen sich ernsthafte Sorgen um den Euro und fragten, wie lange Deutschland noch Länder wie Griechenland und Portugal finanziell unterstützen kann. Diese Vogtländer meinten, dass die Länder aus der Euro-Zone austreten sollten, statt der Gemeinschaft noch länger auf der Tasche zu liegen.

Sollte dies nicht geschehen, plädierten sie dafür, die Hilfen von deutscher Seite einzustellen. Sie hatten wenig Verständnis dafür,

dass angeblich kein Geld im Staatshaushalt vorhanden ist, um mehr für Kinder zu tun, um die Renten weiter zu erhöhen oder für Steuerentlastungen der Bürger, für die Rettung Griechenlands jedoch Milliarden verschleudert werden.

Handelsgesetz

Ein Gast beklagte, dass es freien Händlern auf Wochen- und Tagesmärkten immer schwerer gemacht wird, diese Märkte zum Auf- und Abbau ihrer Stände zu erreichen. Die Parksituation in unmittelbarer Nähe der Stände sei in vielen Städten nicht mehr gegeben. Außerdem beklagte er zum Teil überzogene hohe Standgebühren, die den Handel nicht mehr lukrativ machen.

Es wurde angeregt, im Handelsgesetz eine bundeseinheitliche Obergrenze für Standgebühren festzulegen, um der Willkür von Städten und Gemeinden einen Riegel vorzuschieben.

Gesundheitsreform

Viele beklagten sich über lange Wartezeiten auf Facharzt-Termine und lange Wartezeiten in den Arztpraxen. Joachim Günther erläuterte, welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreifen will, um mehr Ärzte aufs Land zu locken. Die Frage, wann sich diese Maßnahmen auswirken würden, und es tatsächlich mehr Ärzte in ländlichen, dünn besiedelten Regionen geben wird, konnte allerdings auch er nicht beantworten.

Angesprochen wurden aber auch lokale Themen. Eines davon war die notwendige **Überdachung des Geländes vor der Plauener Tafel** in der Klopstockstraße. Während der Ausgabezeiten bilden sich immer lange Schlangen vor dem Gebäude, in dem die Tafel untergebracht ist. Einige Tafelgäste warten mehrere Stunden bis sie an die Reihe kommen. Und dabei sind sie Wind und Wetter ausgesetzt.

Joachim Günther versprach, sich um den Fall zu kümmern. Er wird am 10. August in der Plauener Tafel zu Gast sein und dort unter anderem mit Konstanze Schumann ins Gespräch kommen, die die Arbeitsloseninitiative Sachsen in Pausa leitet, welche Betreiber der Plauener Tafel ist.



Postanschrift:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-22775636
Fax: 030-22776754

E-Mail:
joachim.guenther@bundestag.de
Wahlkreisbüro:
Neundorfer Straße 28
08523 Plauen
Telefon: 03741/468226
Fax: 03741/27351

Redaktion des Newsletters:
Daniela Hommel-Kreißl

www.fdp-vogtland.de
www.joachimguenther.de

FDP

VOGTLAND

Das aktuelle Thema

Versorgungsstrukturgesetz

Auch in der ärztlichen Versorgung stellt uns der demografische Wandel vor große Herausforderungen: Eine wachsende Zahl älterer Patienten mit mehreren Erkrankungen steht einer abnehmenden Zahl von Ärzten gegenüber. In bestimmten Regionen führt dies bereits heute zu einem Mangel, der sich künftig, wenn noch mehr Ärzte aus Altersgründen aus der Versorgung ausscheiden und Medizinabsolventen sich nicht stärker für die ärztliche Tätigkeit entscheiden, ausweiten wird.

Die schwarz-gelbe Koalition wirkt dieser Entwicklung mit dem jetzt vom Kabinett verabschiedeten Versorgungsstrukturgesetz entgegen. Zielsetzung ist es, eine gute und flächendeckende medizinische Versorgung auch für die Zukunft sicher zu stellen und die Versorgungssituation der Patienten zu verbessern. Die ländlichen Gebiete werden bei der medizinischen Versorgung nicht vergessen.

Mit dem Versorgungsstrukturgesetz setzen FDP und CSU/CSU in verschiedenen Bereichen an. Es gibt zum einen Anreize, als Arzt, vor allem auch in ländlichen Regionen, tätig zu werden. Wer die Belastungen einer Praxis in einem unterversorgten Gebiet auf sich nimmt, soll dafür nicht auch noch bestraft werden. Daneben wird die Residenzpflicht grundsätzlich auch in nicht unterversorgten Regionen aufgehoben. Der Arzt muss damit nicht mehr am Ort der Praxis wohnen. Zusätzlich wird der Ausbau mobiler Versorgungskonzepte unterstützt. Die ärztliche Tätigkeit in ländlichen Regionen wird somit erleichtert.

Als eine der im Entwurf enthaltenen Maßnahmen zur Entbürokratisierung und Deregulierung entfällt die Verpflichtung der Selbstverwaltungspartner, auf Bundesebene für die Ärzte Richtlinien zur Dokumentation der ärztlichen Behandlungsdiagnosen zu erarbeiten (Ambulante Kodierrichtlinien, AKR). Weitere Flexibilisierungen sind bei den Richtgrößen- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen, insbesondere bei Heil-, aber auch bei Arzneimitteln vorgesehen. Daneben enthält der Entwurf auch Maßnahmen für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Den in den Regionen Verantwortlichen werden künftig größere Gestaltungsspielräume eingeräumt, um der jeweiligen Versorgungssituation Rechnung tragen zu können. Dies gilt sowohl für die Bedarfsplanung als auch für die ärztliche Vergütung. Durch den neuen, freiheitlich organisierten Sektor der ambulanten spezialärztlichen Versorgung soll die Behandlung von Patienten mit schweren oder seltenen Erkrankungen verbessert werden. Die Schaffung eines fairen wettbewerblichen Rahmens an der Schnittstelle ambulant und stationär ist der FDP ein zentrales Anliegen. Das Gesetz soll am 1. Januar 2012 in Kraft treten.

Mit dem Gesetz kümmern sich FDP und Union um die Probleme der Menschen bei der medizinischen Versorgung in ländlichen Regionen.

Terminkalender

22. August 2011, 19.30 Uhr, Markneukirchen, Gaststätte „Bayrische Bierstube“:
Mitgliederversammlung und Wahl des Ortsvorstandes für Markneukirchen

24. August 2011, 16 Uhr, FDP-Geschäftsstelle Plauen:
Treffen der Liberalen Senioren Westsachsens

25. August 2011, 10 bis 18 Uhr, Postplatz/Theaterplatz Plauen:
Sommertour der FDP-Landtagsfraktion - Informationen über die Arbeit im Sächsischen Landtag, dazu Angebote für Kinder (Hüpfburg, Kinderschminken)

30. August 2011 bis 1. September 2011, Bergisch-Gladbach:
Herbstklausur der FDP-Bundestagsfraktion